

# Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

5 Pfennig

Donnerstag  
12. Februar 1925

Verlag und Anzeigenabteilung:  
Geschäftszeit 9-5 Uhr  
Verleger: Dormüts-Verlag GmbH,  
Berlin SW. 68, Cindensstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

## Furchtbares Grubenunglück bei Bochum.

### Schlagwetter auf der Zeche „Minister Stein“. 137 Todesopfer. — Gegen 100 Leichen bisher geborgen.

Bochum, 12. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Im Südofeld der Zeche „Minister Stein“, Schacht 3, ereignete sich am Mittwoch eine Explosion, die außerordentlich heftigen Charakter angenommen hat. Die Strecken sowohl der dritten wie der zweiten und ersten Sohle sind durch Brüche gesperrt. Die gleich nach der Explosion eingeschickten Rettungsmannschaften versuchten, sich durch die Brüche zu arbeiten, um zu den hinter ihnen in zwei Revieren befindlichen Bergleuten zu kommen. Einzelne Bergleute sind gleich nach der Explosion noch lebend zu Tage gebracht worden. Die Zahl der Toten hat 100 überschritten. Die Ursache der Explosion ist noch nicht genau festgestellt. Die Rettungsarbeiten wurden dadurch erschwert, daß hinter den Brüchen infolge der völlig gesperrten Wetterzufuhr die Gase nicht genügend abziehen konnten.

Von zuständiger Stelle wird zu dem Unglück auf Schacht 3 der Zeche „Minister Stein“ noch mitgeteilt: Die Gesamtzahl der durch die außerordentlich starke Schlagwetterexplosion, deren Ursache noch nicht festgestellt ist, betroffenen Bergleute beträgt 137. Acht konnten unmittelbar nach der Explosion noch lebend geborgen werden und sind wahrscheinlich außer Lebensgefahr. 93 Bergleute werden vermißt und sind durch die zu Bruch gegangenen Kohlenmassen abgetrennt.

Obgleich die eigene Rettungsmannschaft, sowie die Rettungsmannschaften der Nachbarzechen „Gneisenau“, „Dittor“, „Weyenbach“, „Schwarzhorst“, „Preußen“ und die Berufsrettungswehr von „Rhein-Elbe“ fieberhaft tätig sind, ist nicht damit zu rechnen, daß auch nur ein einziger der abgetrennten Bergleute noch am Leben ist. Der größte Teil der bisher geborgenen Toten ist auf der Flucht von den giftigen Schwaden errettet und gebildet worden. Es sind insgesamt 180 Mann Rettungsmannschaften zur Stelle. Andere stehen bereit, um die zu Bruch gegangenen Strecken mit größter Beschleunigung freizumachen. Die Rettungsarbeiten werden erschwert durch die teilweise noch vorhandenen giftigen Nachschwaden. In den nächsten Stunden ist mit der Bergung weiterer Verunglückter nicht zu rechnen.

Wieder einmal rafft der schwarze Tod reihenweise die Bergproletarier dahin. Tiefe Trauer senkt sich plötzlich über hundert Familien, die ihren Ernährer verlieren. Hunderte von Frauen und Kinder weinen um Gatten und Vater. Und voll Ingrimm stehen die überlebenden Kameraden der Getöteten, weil sie wissen, daß jeden Augenblick auch sie das gleiche Schicksal treffen kann.

Es ist nicht einmal ein billiger Trost, darauf hinzuweisen, daß bei dem gefährlichen Betriebe die Möglichkeit ähnlicher Katastrophen niemals völlig ausgeschlossen werden könnte, auch wenn die Vorkehrungsmaßnahmen aufs Beste bestellt seien. Ein solcher Hinweis klingt vielmehr geradezu wie ein Hohn in einer Zeit, da die Grubentapitalisten mit Hunderten Goldmillionen „entschädigt“ wurden, während den Arbeitern, soweit sie nicht in der Zeit der Krise rücksichtslos auf die Straße gesetzt wurden, Verlängerung der Arbeitszeit, Kürzung der Löhne auf ein Minimum, kurz Ausnutzung ihrer wirtschaftlichen Notlage im übelsten Ausmaß auferlegt wurden. In einer Zeit, da das Schwerkapital mit allen Mitteln bestrebt ist, die soziale und rechtliche Stellung auch der Grubenproletarier wieder auf das Hörigkeitsverhältnis der wilhelminischen Zeit herabzudrücken, wirken die schweren Blutopfer der Arbeiterschaft als doppelt schwere Anklage gegen das Ausbeutungs- und Antreibesystem, das sich gerade in den Bergrevieren mit unverhohlener Brutalität breit macht.

Während man bemüht ist, die Opfer der neuesten Katastrophe zu bergen, beillt sich der Telegraph, in alle Winde zu versichern, daß über die Ursache der Schlagwetterexplosion noch nichts bekannt sei. Das ist nichts Neues mehr. Denn noch von je wußte man nichts über die Ursachen, wenn die Wirkung in 100 Arbeiterleichen zum Himmel schrie. Das war so, als auf Zeche Radbod (1909) 341 Grubenarbeiter auf einmal getötet waren, das war nicht anders, als im Jahre 1921 schlagende Wetter auf der Zeche Mont Cenis fast 100 Arbeiter dahinrafften. Aber später wurde festgestellt, daß die bergpolizeilichen Vorschriften nur mangelhaft beachtet wurden, daß das Antreibesystem die Arbeiter geradezu zwang, über die Unfallverhütungsvorschriften hinwegzusehen, um nur ja das Gedinge nicht zu verläumen.

Die Zeche „Minister Stein“ gehört zur Gelsenkirchener Bergwerks-A.G., einem der größten zur Rhein-Elbe-Union gehörigen Sinnes-Unternehmen. Wie stand es dort mit den Sicherungseinrichtungen? Waren auch

dort die Arbeitervertreter (Betriebsräte usw.) von der praktischen Mitarbeit bei der Betriebskontrolle ausgeschaltet, wie das sonst so vielfach festgestellt wurde? Es handelt sich nicht so sehr um die „Schuld“ eines Einzelnen, als vielmehr um ein System, das dem Leben der Arbeiterschaft nicht die Einschätzung zuteil werden läßt, die es in kultureller und volkswirtschaftlicher Hinsicht berechtigt ist, zu fordern. Noch während die Kameraden der Opfer mit den giftigen Gasen ringen, um die Leichen zu bergen, fordern wir die strengste Untersuchung der Ursachen der Katastrophe unter Mitwirkung von sachmännisch erfahrenen Vertretern der Arbeiterschaft!

Noch eine Frage: Die folgenschwere Explosion ereignete sich am Mittwochabend gegen 8 Uhr. Um 12 Uhr nachts waren bereits die ersten Toten geborgen. Wie ist es möglich, daß die Nachricht von dem furchtbaren Unglück erst so spät herausgegeben wurde, daß — von einer Ausnahme abgesehen — noch keine Berliner Morgenzeitung eine Mitteilung darüber hatte, trotzdem in allen Redaktionen bis spät in die Nacht gearbeitet wird? Wie erklärt es sich, daß die offiziellen Telegraphenbüros, die doch jede Luther-Rede in ihren Einzelheiten verbreiten, von dieser Katastrophe erst viele Stunden später die ersten Nachrichten erhielten?

Tiefe Trauer erfüllt die Arbeiterschaft des Kohlenbeckens an der Ruhr. Vollste Anteilnahme finden die Hinterbliebenen der Opfer in den Herzen aller, die die Gefahren der Arbeit und besonders der Grubenarbeit zu würdigen wissen. Aber darüber hinaus erhebt sich die Forderung, daß alle Maßnahmen getroffen werden müssen, um zukünftige Katastrophen zu verhindern und die Hinterbliebenen vor der Not zu schützen, die ihnen der Tod des Ernährers andrückt. Was hier zu geschehen hat, darüber wird im Reichstag zu reden sein.

### Die Bergung der Opfer.

Bis heute morgen 9 1/2 Uhr waren auf der Zeche „Minister Stein“ 88 Tote geborgen. Die Rettungsmannschaften von 8 Zechen sind an den Bergungsarbeiten beteiligt. Leider ist damit zu rechnen, daß fast sämtliche eingeschlossenen 138 Knappen der Mittags- und Nachmittags-Opfer der Katastrophe geworden sind. Die Ursache des Unglücks ist noch ungeklärt. Die in den zu Bruch gegangenen drei Strecken herrschenden Giftgase machten jeden Rettungsversuch unmöglich. Einzelne der Rettungsmannschaften mußten, von den Gasen betäubt, in Förderlöchern über Tage geschafft werden. Bereits Dienstagabend sollen an derselben Stelle, an der das Unglück passierte, kleinere Schlagwetter vorgekommen sein, die durch Funken einer Maschine zur Entzündung gebracht worden waren. Dasselbe soll am Mittwoch passiert sein. Doch nahm niemand an, daß dies zu einem größeren Unglück führen würde. Im allgemeinen gilt die „Bettlerführung“ der Zeche „Minister Stein“ als gut. Eine ungeheure Menschenmenge hatte sich sofort nach Bekanntwerden des Unglücks vor dem Zechentor versammelt. Die Stimmung unter der Menge war sehr erregt, besonders da den vor dem Tore Harrenden keinerlei Auskunft gegeben wurde. Es wurde vielfach versucht, mit Gewalt durch das Zechentor zu dringen, was aber durch das starke Aufgebot von Schupo-Beamten verhindert wurde. Von der Zechenverwaltung war strengste Anweisung gegeben, keine Nachrichten über den Umfang des Unglücks sowie über Zahl und Namen der Toten den Draußenstehenden bekannt zu geben. Wenn diese Maßnahme bezweckt hätte, die Erregung der Menge zu dämp-

fen, so war sie natürlich völlig verfehlt. Die Postzeitung mußte verstärkt werden, da die anwachsende Menge den Zechenplatz zu stürmen drohte. Vor dem Zechentor spielten sich herzzerreißende Szenen ab.

Der an Ort und Stelle weilende Sonderberichterstatter der Telegraphen-Union meldet, daß bis 9 30 Uhr 90 Tote in der Grube festgemacht worden sind, von denen bis zur Stunde 60 zutage gefördert wurden. In dieser Minute werden weitere nach oben gebracht. Es sind im ganzen 7 Bergleute lebend geborgen, doch ist einer inzwischen gestorben, die übrigen sechs befinden sich im Krankenhaus, da sie Gasvergiftungen erlitten haben. Die meisten Toten sind fast vollständig verbrannt. Viele von ihnen wurden durch den toxischen Luftdruck bei der Explosion 10-20 Meter weit geschleudert und haben förmliche Glieder gebrochen. Die Identifizierung der Toten ist nur nach und nach auf Grund der Erkennungsmarken und der Pompen möglich. In der Grube fanden die Rettungsmannschaften mit Kreide an jedem Stempel geschrieben: „Bis 11 Uhr alles mahl, wir sind 9 Mann. Doch sind diese 9 Mann jetzt bereits als Tote zutage gefördert worden. Das Unglück hat die Bergleute auf der Finsternis überfallen. Denn die Arbeitsstellen sind noch unberührt und die Kaffeefaschen unversehrt. — 16 Leichen wurden an einer einzigen Stelle gefunden. 30 Knappen sitzen jetzt im Feuer.

Die von Angst und Sorge verzerrten Gesichter der Angehörigen der noch nicht geborgenen Bergarbeiter bieten einen furchtbaren, erschütternden Eindruck. Viele Frauen stehen mit ihren Kindern seit den späten Abendstunden des gestrigen Tages am Eingang der Zeche, ohne sich von der Stelle zu rühren. Der Bergarbeiter selbst hat sich eine ungeheure Erregung bemächtigt. Man hört in einem fort Flüche und Bervünschungen gegen die Bergverwaltung. Einzelne Bergarbeiter zeigen den Fremden ihre Wohnstätten, um zu beweisen, für wie niedrige Löhne sie täglich dem Tod ins Auge sehen müssen. Wenn ein so großes Unglück wie heute geschehe, erzählen die Bergleute, hätte die Öffentlichkeit einige Tage Mittelfeld mit ihnen, während in der nächsten Woche unbeachtet die Bergleute schwere Kämpfe um Löhne und Arbeitszeit zu bestehen hätten.

Die Bergverwaltung hofft, daß noch im Laufe des Tages sämtliche Bergungslücke geborgen werden können. Die Rettungsmannschaften der umliegenden Werke im Ruhrgebiet, aus Gelsenkirchen und aus Essen, waren bereits im Laufe der Nacht an der Unglücksstätte zur Stelle.

Münster, 12. Februar. (M.B.) Gleich nach Bekanntwerden des furchtbaren Grubenunglücks auf der Zeche „Minister Stein“ ist der Oberpräsident von Westfalen, Gronowski, an die Unglücksstelle geeilt. Dem Oberbürgermeister von Dortmund, Dr. Richhoff, ging folgendes Beileidstelegramm des Oberpräsidenten zu: „Die schmerzenden Wunden von Herlehn und Herne sind noch nicht vernarbt und schon wieder bricht ein neues Unglück über uns herein, dessen erschreckende Größe in diesem Augenblick noch nicht ganz zu erkennen ist. Im Namen der Staatsregierung und der Provinz Westfalen spreche ich Ihnen, sehr verehrter Herr Oberbürgermeister und allen von der grausamen Katastrophe auf der Zeche „Minister Stein“ Betroffenen die herzlichste und innigste Teilnahme aus und wünsche aufrichtig, daß die westfälische Erde von weiteren Schicksalsschlägen im Zukunft bewahrt bleiben möge.“

Dortmund, 12. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Bei dem entsetzlichen Grubenunglück auf „Minister Stein“ Dortmund-Elbing sind bis 12 Uhr mittags 84 Tote und 8 Verletzte geborgen. 82 Bergarbeiter werden noch vermißt, die aber ebenfalls als tot aufgegeben werden. Die Gesamtzahl der Toten wird auf 137 geschätzt.

## Trauerkundgebung des Reichstags.

### Eine Ansprache Löbes.

Bei Beginn der heutigen Reichstags-Sitzung um 12.20 ergriff das Wort der Reichstagspräsident Löbe:

Meine Damen und Herren! Am Vormittag hat uns heute die Schreckensnachricht erreicht von einem schweren Unglück auf der Zeche „Minister Stein“ bei Dortmund. Durch eine Grubenexplosion wurden dort 126 Bergleute verschüttet, und man wird befürchten müssen, daß sie nicht alle lebend wieder aufgefunden werden. Die letzten amtlichen Nachrichten melden schon, daß 36 Tote zutage gefördert wurden und daß man an weitere 97 Bergleute nicht herankommen konnte. Von einer Zeitung wurde die Nachricht von 61, ja 100 Toten gebracht. Meine Damen und Herren! Wer je einmal in öffentliche oder persönliche Berührung mit einem schweren Unglück gekommen ist, der kann sich den Schrecken und die Angst ausmalen, wenn Hunderte von Menschen verunglücken. Wir schließen uns der allgemeinen Trauer an, die durch den Tod dieser Bergleute hervorgerufen ist, und sprechen den Angehörigen der Verunglückten das herzlichste Beileid des Reichstages aus. Wir können die äußeren Lasten wohl erleichtern, aber den tieferen seelischen Schmerz können wir nicht lindern. Kaum einer von uns kann sich eine Vorstellung machen von den Todesqualen, unter denen die Opfer ihr Leben ver-

loren haben. Wir können der Trauer, dem Mitgefühl mit den Angehörigen nur dann würdig Ausdruck geben, wenn wir uns bemühen, soweit menschliche Vorkehrungen dazu imstande sind, solche Furchtbaren zu verhindern, wenn wir den Angehörigen die äußeren Lasten zu erleichtern suchen, wenn wir alles tun, um denen, die unter solchen furchtbaren Gefahren ihrem Beruf nachgehen müssen, mehr Schutz, Erleichterung und Besserung ihrer Verhältnisse zu gewähren.

Die Abgeordneten hatten sich während der Erklärung des Präsidenten erhoben.

Jadach (Komm.) beantragt sofortige Bildung eines Untersuchungsausschusses.

Präsident Löbe bittet angesichts der Majestät des Todes feierliche Streifungen auszurufen und ersucht die Kommunisten, den Antrag erst in der Freitag-Sitzung einzubringen, wenn näher über das Unglück bekannt ist.

Die Kommunisten sind damit einverstanden.

Die zweite Lesung des Haushaltsplanes wird dann beim Reichsarbeitsministerium fortgesetzt.

## Die Vermögenssteuerstundung.

### Ausflüchte des Reichsfinanzministeriums.

Das Reichsfinanzministerium plant, wie wir berichtet haben, eine Stundung der Vermögenssteuer in der Weise, daß der Zahlungstermin vom 15. Februar zunächst bis zum Mai hinausgeschoben wird. Diese Stundung, die sachlich eine Abänderung eines geltenden Gesetzes bedeutet, soll ohne eine formelle Gesetzesänderung, also ohne Zustimmung des Reichstagsplenums durchgeführt werden. Darüber hinaus verlangt der neue inzwischen dem Reichsrat vorgelegte Gesetzentwurf einer Vermögenssteuer eine Neuregelung der Zahlungstermine für die Vermögenssteuer dahin, daß nur noch am 15. Mai und 15. November je ein Viertel des Jahresbetrages an Vermögenssteuern gezahlt werden soll. Das Uebrige soll am Jahresende zu zahlen sein.

Der Umstand, daß eine Neuregelung der Vermögenssteuer beabsichtigt ist, wird nun vom Reichsfinanzministerium dazu ausgenutzt, um die vorläufige Stundung der demnächst fälligen Steuerrate zu begründen. In einer Erwidern, die durch die Telegraphenunion verbreitet wird, kommt man sogar zu dem Schlusse, daß eine solche Stundung nicht, wie wir es dargestellt haben, ein Anschlag auf die Rechte des Reichstags sei. In der ganzen übrigen Steuerpraxis besonders gegenüber den kleineren Gewerbetreibenden und gegenüber den Minderbemittelten angewandt wird, gilt der mit großer Schärfe durchgeführte Grundsatz, daß eine Beschwerde gegen die Steuer von der Zahlungspflicht auch dann nicht entbindet, selbst wenn der Steuerzahler kein Geld hat. Nur den großen Steuerzahlern soll hier eine Stundung gewährt werden im Hinblick darauf, daß eine „Neuregelung der Steuer beabsichtigt ist“, von der man nicht weiß, wie sich das Parlament dazu stellen wird. In jedem Falle bringt die Stundung eine Schädigung und Belastung der Reichskasse, die um so auffällender ist, als wiederum gegenüber den kleineren Steuerzahlern bei jedem Zahlungsvorzug hohe Verzugszinsen berechnet werden.

Die geplante Stundung der Vermögenssteuer aber wird erst richtig beleuchtet durch die Tatsache, daß man mit der Verminderung der Vorauszahlungstermine ganz offenkundig einen Weg beschreitet, der schon früher zur Untergrabung der Befähigung zur Steuerzahlung mit Erfolg angewandt worden ist. Es besteht die große Gefahr, daß die restlichen Steuerzahlungen tatsächlich gestrichen werden, wenn bereits die zwei vorgezeichneten Vierteljahresraten am 15. Mai und 15. November einen Betrag ergeben würden, der den Vorschlag erreicht. Das Ministerium Schlieben hat ja bisher kein Hehl daraus gemacht, daß es auf einen Abbau der Vermögenssteuer und eine Erhöhung der Verbrauchssteuern abzielt. Die Sozialdemokratie kann derartigen Bestrebungen nicht ihre Hand reichen. Wenn eine Stundung durchgeführt werden soll, die dem Wortlaut des geltenden Gesetzes widerspricht, so muß die Regierung schon den Mut zu einer Gesetzesänderung in Form einer Reichstagsvorlage aufbringen. Dann wird sich zeigen, welche Parteien es wagen werden, die Schonung der Großvermögen so weit zu treiben, daß selbst die sozial notwendigen Steuererleichterungen für die Minderbemittelten hinausgeschoben werden sollen, wie es das Reichsfinanzministerium beabsichtigt. Eine Steuerermäßigung für die Besten unter Umgehung des Reichstages muß aber den Widerstand aller demokratischen Parteien finden, die nicht die Rechte des Parlamentes einer eigenwilligen Beamtenbureaucratie preisgeben wollen.

## Die Kredite der Reichspost.

Eine ausführliche Darstellung des Reichspostministeriums über seine Kreditgewährung bestätigt die Mitteilungen, die wir bereits in der heutigen Morgenausgabe veröffentlicht haben. Darüber hinaus ist der Darstellung zu entnehmen, daß die Kreditgewährung

der Reichspost am dem Tage, als der Sonderauschuss des Vermittlungsrats seine bereits beendete Prüfung begann, mehrere hundert Millionen Mark umfaßte.

Davon ist der größte Betrag der Reichsbank gegeben, ein mindestens ebenso großer Betrag an die Staatsbanken, die D-Banken und andere erstklassige Geldinstitute. Nur wenige Kosten stammen noch aus der Zeit, wo die Rücklinien noch nicht bestanden und sind andererseits geschaffen worden dadurch, daß der damalige Reichspostminister im Oktober unmittelbar Kredit an Barmat und andere gegeben hat.

Zu Goldankäufen in der schlimmsten Inflationszeit war nach den Darstellungen die Reichspost gezwungen, wenn sie nicht eines Tages außerstande sein sollte, daß für den Telegraphenbau benötigte Kupfer und Blei nicht werbeständig bezahlen zu können. Die Reichsbank konnte damals kein Geld mehr bekommen, der Reichspost wurde Gold angeboten, und im Einvernehmen mit der Reichsregierung wurde durch die Handels- und Depositenbank Gold angekauft. Die Handels- und Depositenbank erhielt für diese Goldankäufe 900 000 Goldmark. Der Goldpreis sank nach der Stabilisierung, so daß bei der Verwertung dieses Goldes nur 800 000 Goldmark eingenommen werden konnten, also ein buchstäblicher Verlust von 100 000 Goldmark entstanden ist, der aber aus inzwischen wertlos gewordenem Papiergeld bestand.

Die Handels- und Depositenbank hat, auch nach dem Urteil des Devisenkommissars, bei dem Goldankauf nur den normalen Gewinn (!) erzielt. Diese Goldankäufe waren am 25. November 1923 beendet, in den nächsten Tagen wurde abgerechnet und damit waren und sind die Geschäftsbeziehungen der Reichspost zu der Handels- und Depositenbank erledigt. Die Reichspost hat erst später gehört, daß die Direktoren dieser Bank geflüchtet sind, sie ist daran nicht beteiligt.

Im Februar/März 1924 trat der damalige Zentrumsabgeordnete Dr. Fleischer wiederholt an die Reichspostverwaltung mit dem Vorschlag heran, die Handels- und Depositenbank mit der Bewirtschaftung der Postkredite zu beauftragen, wobei die Post an dem Nutzen teilnehmen würde. Die Reichspost hat dieses Angebot abgelehnt und gewährt Kredite nur selbst an Banken gegen volle Sicherheit.

Der Postkredit an den Abgeordneten Lange-Hegemann in Höhe von 2 Millionen Mark war von der Abteilung München des Reichspostministers für die besetzten Gebiete (Dr. Höfle) gegeben worden. Lange-Hegemann hatte es übernommen, diese Kredite dem besetzten Gebiet zuzuführen, der Betrag ist auch nach Bonn gegangen, von da aus jedoch in andere Hände. Die Ausfallbürgschaft haben übernommen die Merkurbank und die Braunkohlische Seehandlung. Auch in diesem Falle glaubt die Post nichts einzubüßen.

Der von Dr. Höfle an Barmat gegebene Postkredit von 14 1/2 Millionen (nicht etwa 50 Millionen) ist von der Barmatschen Garantiebund und durch Beträge mit 17 in und ausländischen Rückversicherungsgesellschaften garantiert. Gebet sind diese 14 1/2 Millionen durch Effekten im Goldwert von 4 Millionen. Barmat hat sein ganzes Vermögen, wie bekannt, einer Treuhands-G. m. b. H. übergeben, die aus Vertretern der beteiligten Behörden und der Gläubiger sowie aus Vertretern politischer Parteien besteht. An der Spitze des Aufsichtsrats steht Reichstagsabgeordneter Dr. Dernburg (Demokrat). Die Treuhands-G. m. b. H. ist überzeugt, daß ein großer Teil des ausstehenden Geldes hereingebracht werden wird; sie ist entschlossen, etwa nicht rentable Betriebe des Barmat-Konzerns rücksichtslos einzustellen, die anderen Betriebe aber weiter arbeiten zu lassen, damit sie Werte schaffen. Der ausstehende Rest von 10 1/2 Millionen Mark wird nach der Meinung der Treuhands-G. m. b. H. auf diese Weise gedeckt werden. Man ist der Meinung, daß die in den Betrieben stehenden Werte hoch genug sein werden, um eine Heranziehung der Rückversicherungsgesellschaften gegebenenfalls ganz zu vermeiden. Uebrigens sind die Rückversicherungsgesellschaften auch selbst wieder weiter zu versichern.

## Isidor Kreil.

Bern, 12. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die „Berner Tagwacht“ meldet über den deutschnationalen Kranzengen Kreil, daß dieser Bump vor wenigen Wochen mit einem auf drei Tage laufenden und nur für den Grenzübertritt gültigen Paß unter falschem Namen nach Bern gekommen ist. Die Berner Polizei nahm ihn fest, ehe er in Tätigkeit treten konnte. Er hatte hier nach seinen eigenen Aussagen u. a. auch den Auftrag, nach der Adresse von Professor Förster zu forschen und bestimmte Parteigenossen über

„Material“ gegen Ernst auszuhorchen, obwohl er selbst nicht einmal die Namen der bekanntesten Berner Sozialdemokraten kannte. Er hatte sich ihre Adresse von einer Münchener Haftkranzengenkreise aufschreiben lassen. In Bern hat überhaupt kein Mensch begriffen, wie man einen derartigen Ignoranten mit so wichtigen Missionen betrauen konnte. Kreil rühmte sich, daß er Ernst niederschließen werde, wenn er in dem vorgesehenen Prozeß nicht erwidert wird. Die eidgenössischen Behörden wiesen ihn nach einigen Wochen Untersuchungshaft über Basel aus (wie wir erfahren, wurde er hier bereits auf dem Bahnhof von einem babylonischen Staatsanwalt in Haft genommen).

Ueber Isidor Kreil teilt uns der Baugewerksbund München folgendes mit:

Dieser Kreil war bei uns Mitglied (kurze Zeit) und am 13. November 1922 Baudelegierter bei der Firma Schall in Pasing (Baustelle Fremdbüch, Pasing). Er bekam von uns Beitragsmarken zum Verkauf an die Mitglieder an der Baustelle. Diese Marken hat er verkauft; das Geld hat er aber für sich behalten. Am 7. Februar 1923 machten wir Anzeige wegen Betruges bei der Polizei in Pasing. Der Kassierer Michael Rejzger wurde wiederholt im Amtsgericht München vorgeladen wegen dieses Kreil. Kreil war immer nicht auffindbar. Erst im Herbst 1923 wurde Kreil im Polizeigefängnis in Landslut wegen verschiedener anderer Delikte interniert und auch dieser Fall verhandelt. Die Bauarbeiter, die den Kreil kennen, sagen ihm nach, daß er ein ganz geübter Gauner ist. Einige Kollegen haben auch den Eindruck gewonnen, daß er geistig zeitweise nicht ganz zurechnungsfähig ist. In einer Delegiertenversammlung der Bauarbeiter Münchens äußerte sich Kreil dem Verwaltungsratsmitglied Leonhard Heilmann gegenüber folgendermaßen: Wie stellst du dich dazu, wenn ich Hitler beiseite würde. Heilmann erklärte dem Kreil, daß die Gewerkschaften mit solchen Methoden nicht arbeiten. Heilmann ist der Ueberzeugung, daß Kreil zu diesem Rord fähig wäre in seinem Wahn. In dieser Delegiertenversammlung hat Kreil sich auch zum Wort gemeldet und solches tonloses Zeug gesprochen, daß alles darüber gesagt hat. In dieser Versammlung wurde allgemein die Stimmung laut, daß Kreil geistig nicht normal sei.

Das ist also der berühmte Zeuge der Deutschnationalen und Bäckischen, soweit wir ihn kennen.

## Milderung des Besatzungsregimes.

### Neue Verordnungen der Rheinlandkommission.

Paris, 12. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Eine Meldung aus Koblenz kündigt zum 15. Februar eine neue Serie von Verordnungen der Rheinlandkommission an, durch die die Okkupation, insbesondere auf dem Gebiete der Rechtspflege und der politischen Freiheiten, gemäß den in London gegebenen Zusagen eine weitere Lockerung erfahren soll.

## England und die Sicherheitsfrage.

### Die verschiedenen Meinungen im englischen Kabinett.

London, 12. Februar. (W.B.) Der parlamentarische Beichtstatter des „Daily Telegraph“ schreibt, bei den Erörterungen über die Frage des Großer Abrüstungsprotokolls und der französischen Forderung auf Sicherung hätten sich im Kabinett bereits ziemlich deutliche Meinungsverschiedenheiten geäußert. In der Hauptfrage würden drei Standpunkte eingenommen: Amery teile die Abneigung der Dominions gegen das Protokoll und trete für eine Art Pakt der Isolierung ein. Chamberlain sei für einen Sicherheitspakt mit Frankreich ohne militärische Garantie. Churchill wünsche, wie angenommen werde, ein Dreiländerabkommen über gegenseitige Sicherheit zwischen Großbritannien, Frankreich und Deutschland, durch das eine Schranke gegen Rußland errichtet würde, falls sich dieses zu einer großen militärischen Macht entwickeln sollte. Wie verläuft, sei der Ministerpräsident geneigt, Churchills Plan zu unterstützen. Derselben Wunsch sei auch Lord Curzon.

## Festsaal und Hörsaal.

Die Frage nach dem Vorhandensein einer Leserschaft, nach ihrer Zusammenfassung, vor allem aber nach ihrer inneren Beziehung zum Werk ist heute genau so wichtig wie in früheren Epochen. Und immer und immer wieder muß festgestellt werden: zur Moderne haben die Massen fast noch nicht das geringste Verhältnis. Diese Tatsache, die täglich und überall Bestätigung findet, läßt es nicht als grotesk erscheinen, wenn die Leser des durchaus nicht kapitalistisch-mobilistischen „Dreiecks“ sich ihr großes Stillsitzen am Mittwochnachmittag ausgerechnet im Marmoraal des Hotels Cyprien ergötzen. Denn selbst bei denen, welchen ein dichter Gedanke gestattet, in Seidentüchern einherzurauschen, reicht die „Beziehung“ meist bis zum Buchhändler. Dichter sind wie Propheten, sie reden nicht nur, sie leben auch Zukunft, und im Jahre 1923 ist der Abstand erschreckend groß, eben zu groß.

Seider war dieser Nachmittags des „Dreiecks“ ein N-G, ein Kreis: da war kein rechter Anfang, kein rechtes Ende, auch keine Steigerung, kurz und gut keine Regie. Und Gelschmack war insofern nicht vorhanden, als zwischen Dichtung und Musik das Programm einen Vortrag schob von Dr. med. Frh. Pulver über Organotherapie, therapeutische Verjüngung. Das Thema ist aktuell, es ist auch für den Laien sehr wichtig, aber bei Les und Kuchen und in diesem Rhythmus hat kein Mensch dafür das absolut-sachliche Interesse, das jede Wissenschaft für sich beanspruchen darf. Waren's die Dichter zufrieden, daß bei ihrer Schöpfungen Vermittlung durch Maria Eis und Wolfgang Zilzer die Zuhörer weit stärker folgten? Beifall fanden auch Franz Adyppen mit seinem tügen Referat über moderne Literatur, Sigmund Pising mit einem Vortrag über neue Musik, Otto Jarek als Leser eigener Werke, Nora Pising-Boas als feinsinnige Sängerin von Hindemith und Schönberg. Beifall fanden ... — könnte man, ehrlich die Wirkung bewachend, nicht ebenjogut sagen: ferner lassen ... ?

Daß die junge Generation erst dann zieht, wenn sie für die, beidene die Bekanntheit mit ihr vom 16. Lebensjahre an zum guten Ton gehört, in den Marmoraal des Cyprien einzieht, ist die größte Anklage gegen jene Klasse, die dem Volk allein schon wirtschaftlich jede Möglichkeit nimmt, eine direkte Beziehung zu den Verkündern des Ewigen zu finden. Daher ist der Kampf gegen den Geldsack gleichbedeutend mit dem Kampf für die Kunst; Produktion ohne Rezeption ist auf die Dauer unmöglich. Herrschaften, die Maschine läuft leer!

Die Maschine läuft leer, doch sie ist nicht kaputt; Anzüge von der anderen Seite, vom „Boll“ her, machen frei die Bahn, um beim Bilde zu bleiben: sie den das Gemert. Während im „Cyprien“ noch die Tische enttrümmelt wurden, sah ich auf harter Bank in der Universität, dahin war ich einer Einladung vom „Sprechchor an der Universität Berlin“ gefolgt, Männer und Frauen hielten unter dem Vortr. Dr. Wilhelm Lehmann eine gemeinsame Probe ab. Dieser Chor will an der Wiederbelebung der monumentalen dramatischen Poesie mitarbeiten. Mindestens so wichtig ist, daß er in Deutschland, dem fläppischen Lande der Sprach-

schlammerei, rein und deutlich sprechen lernt. Noch meserischer, daß es sich hier an sich um eine Angelegenheit der Massen handelt, überall notwendig, überall möglich. Ist doch die Dichtung des Proletariats oftmals heute schon Massendichtung in der Form (Lieder, Schönlant, Rothenfelder usw.).

Der Erfolg des Universitätsredners bei der Aufführung des „Dreiecks“ ist noch in sehr guter Erinnerung. Noch der Probe am Mittwochabend läßt auch die Goethe-Fest, die am 22. Februar stattfinden soll, Beförderer erwarten. Aber es gilt ja weit mehr, es gilt die Bemusterung des Heute, des Morgen! Das Individuum sehen wir nicht mehr als Einzelkörper mit glatter, unbedingter Oberfläche, seine Existenz ist uns keine private, sondern eine soziale Angelegenheit. Zeitgeist, Blut und Rhythmus bilden Verkörperungen, die das Bewußtsein zwar beleuchtet, aber nicht entwirrt. Moderne Erkenntnis, die die gleichen Quellen von Expressionismus und Marxismus ohne läßt. Wir kennen über den Individualismus hinaus wieder „Mächte“, insofern es wird auch die Dichtung, vor allem das Theater, in naher Zukunft einen Chor haben. Kunstliebende Dilettanten kommen in erster Linie als Mitspieler in Frage, nun werden sie endlich wieder Mit-Glieder im künstlerischen Schöpfungsprozeß. Das Publikum erwacht mit der Bühne, die Sache der „Leute vom Bau“ wird aller Sache; das ist noch nicht der Weg, aber es ist ein Weg zur schaffenden Gemeinsamkeit. Sprechchor ist Orchester menschlicher Stimmen. Nach seinen dynamischen und rhythmischen Möglichkeiten müßte es in noch nie dagewesener Intensität die Qual unserer Tage hinausjahren können.

Nun, der Schrei, auch der erlösende Schrei, kommt von selbst schon, wenn die Bindung, die Beziehung sich einstellt. Kommt sie, was anzunehmen ist, dann existiert sie bestimmt „von unten auf“. Der Sprechchor ist ein Weg. Erich Gottgetreu.

## Zeit: Um 1750.

(Zur Heimlichen Brautfahrt im Komödienhaus.)

Solange die Theater Privatunternehmungen sind, kann man es den Direktoren nicht verübeln, wenn sie ihren Spielplan nach dem voraussetzlichen Kassenerfolg einrichten. Der Normalbürger unserer vorläufigen Republik, der zum nächsten Jahrheute braucht, der ewig mit griesgrämiger Trauer nach der guten alten Zeit barm, erwachert in wannigem Hochgefühl, wenn er Barone, Grafen und — o Gott, o Gott — regierende Fürsten leibhaftig vor sich sieht. Dabei schadet es nichts, wenn die Theaterfürsten also Talmi sind. Aber die Uniformen müssen stimmen. Die innerliche Höhebeheit hängt am glühenden Neukeren. Daher findet der Durchschnittsbourgeois Gefallen an Kostümen in historischem Gewand. Diesem ständigen Geschnack nennt die Direktion Reinhard und Bernauer mit geöffnetem Portemonnaie nach. Im Berliner Theater sieht „Annette von Dessau“ bald die 100. Aufführung und im Komödienhaus gab es gestern das Lustspiel „Heimliche Brautfahrt“ von Leo Lenz.

Im Programm steht: Vorspiel: Im Schloß Lichtenau. 1. Akt: Im Goshof zu Rottigburg. 2. Akt: Im Palais des Grafen Brühl. 3. Akt: Im königlichen Schloß in Dresden. Zeit: Um 1750. Als ich das las, war ich bereits trüber Ahnungen voll. Sie trügten mich

nicht; von Akt zu Akt wurde ich trauriger. Geschlagen dreieinhalb Stunden dauert der süßliche Schmarren, dessen Inhalt zu erzählen ein ebenso geschmackloses Unerzähltes wäre wie die Aufführung des Stückes in heutiger Zeit. Der selbige Joseph von Bauff, der königlich preussische Hofdichter weiland Se. Majestät Wilhelm II. steigt moderig aus dem Grabe auf. Herr Lenz bekennet sich treuherzig zu stramm feubaler Bestimmung. Sein Witz besteht darin, daß eine leibhaftige Fürstin, die die Rolle einer Schontommesel übernimmt, sich schenbar Schnitzer gegen den höflichen Kommentar erlaubt und — welche Tollkühnheit — als Dorfschöne auf eine Stufe mit den Hochgeborenen stellt. Der londonferte Kassengericht erweist sein immer noch hüßendes Leben und Gedeihen. Das Publikum, dessen Geistesentwicklung offenbar noch nicht über 1750 hinausgewachsen ist, jubelt in unbedenklicher Verehrung des absolutistischen Gedankens dem traurigen Lustspiel zu.

Die Schauspielerei sind zu bedauern, die ihre bewährte Kraft dem Nachwert leihen müssen. Es ging nicht anders, sie mußten im unnatürlichen verstaubten Hoftheater spielen. Schade, daß die allzeit charmante Erika Gläner ihre süße Schnoddrigkeit nicht einem wertvollen Sujet zugute kommen lassen kann. Ernst Degner.

Das Verhalten der Tiere bei der Sonnenfinsternis. Zum ersten Male wurde seit das Verhalten der Tiere während der Sonnenfinsternis von Zoologen beobachtet, um gewisse tier-psychologische Studien daran zu machen. Zu diesem Zweck wurden die Tiere im Zoo zu Rem Port beobachtet. Man stellte fest, daß die Einwirkungen der Naturerscheinung recht bemerkenswert waren. Als die Dunkelheit eintrat, rannten die im Freien weilenden Hirsche in Angst und Schrecken durcheinander. Die große artliche Gule (Sciurus) heult herum. Die Paradiesvögel, die sonst nur einmal wöchentlich ihr Gefieder zeigen, fliegen ziellos umher und konnten von den Tausenden, die sich eingefunden hatten, als die Sonne wieder strahlte, bewundert werden. Die drastischste Wirkung aber zeigte sich im Affenhaus. Vor Beginn der Finsternis trieben die Affen ihre lustigen Kapriolen. Der Drang Utang rasselte mit seinen Ketten, der Schimpanse leitete den schrillen Chor. Während der Totalität aber waren die Mitglieder der Affenfamilien zu verängstigt, um auch nur zu wimmern. Sie hockten dicht aneinander und hielten sich umfassen, als ob sie das Ende der Affenwelt gekommen glaubten. Erst eine Stunde später wurden sie wieder lebendig und ließen ihre Schreie wie zuvor ertönen. Singvögel wurden ruhig und begannen zu schlafen, als der Glanz der Sonne ersah. Als die Erleuchtung des Erdballes dann wieder in Funktion trat, erwachten sie, aber es währte vierzig Minuten, ehe der Opernschor der Singvögel wieder in voller Stärke ersah.

Abendbesuche in den Museen. Während Berlin und München an der Öffnung der Staatsmuseen zur Tageszeit festhalten, hat Direktor Prof. Smaranski in Frankfurt a. M. Abendbesuche eingerichtet, die durch Darbietungen aller Kunst bereichert werden.

Die Unioerität von Tonia hat allen Hochschulen der Erde mitgeteilt, daß im Mai dieses Jahres die Eihundertjahrfeier der „Schola Cantabrigia“ stattfindet. Im Jahre 825 ordnete der Karolinger Ludwig, König von Italien, die Studien neu und machte Tonia zum Mittelpunkt der Lehr-tätigkeit für das lombardische Land. Unioerität und Stadt Tonia beschäftigen die 1100 Jahre alte Neuordnung der Studien festlich zu begehen.

# Aufklärungen der Handelskammer.

## Und wieder Paßkleinfram!

Zu Beginn der Sitzung teilt der Vorsitzende Dr. Leidig mit, daß am Freitag, 10 Uhr, noch eine kürzere Sitzung anberaumt werden soll, zu der der frühere Finanzminister Dr. v. Richter geladen wird. Es soll dann eine Pause bis zur nächsten Woche eintreten.

Es wird zunächst vernommen der

Syndikus der Berliner Handelskammer Dr. Meyer.

Er soll sich darüber äußern, weshalb die Industrie- und Handelskammer das abfällige Gutachten des gerichtlichen Sachverständigen Behr über Kautiser und die Steinbank ungünstig kritisiert habe. Der Zeuge gibt an, daß die Kammer zunächst ein eigenes Gutachten an den Generalstaatsanwalt erstattet habe. Weiter sei beim Landgerichtspräsidenten eine Beschränkung über die Tätigkeit des Behr erhoben worden auch wegen anderer erstatteter Gutachten. Die Beschränkung lief auf den Antrag hinaus, daß Behr als Sachverständiger in Bankfällen nicht mehr zugezogen würde. Die Gründe dafür lagen darin, Behr war wohl für Kleiderjachen als früherer Inhaber eines solchen Geschäfts zuständig, nicht aber für Bankjachen qualifiziert. Er führte jedoch einen Stempel mit dem Aufdruck „gerichtlicher Sachverständiger“, mit dem die Gutachten unterstempelt wurden, daraus war nicht erkennbar, daß er eben nur für Kleider Sachverständiger war. Ferner waren seine Gutachten fast durchgehend falsch. So sei es ihm passiert, daß er in einem Falle Papier- und Goldmark verwechselt hat. Des weiteren waren seine Gutachten nicht lediglich sachlicher Natur. Er erhob in ihnen auch persönliche Angriffe, so auch gegen führende Persönlichkeiten des Bankgewerbes, bei denen eine Begründung für die Angriffe nicht vorhanden war.

Was die Sache Kautiser anlangt, so hat die Industrie- und Handelskammer in ihrer Beschränkung an den Landgerichtspräsidenten für notwendig gehalten zu betonen, daß die Persönlichkeit des Kautiser nicht zu schützen beabsichtigt.

Um einige Fragen der Ausschußmitglieder zu beantworten, verliest Syndikus Meyer das Gutachten der Industrie- und Handelskammer in Sachen Kautiser. Das Gutachten beschäftigt sich zunächst mit der Frage, ob die von Kautiser in Rechnung gestellten 22 Proz. Zinsen täglich für das betr. Darlehen in Höhe von 10 000 Millionen Papiermark an eine Erfurter Firma, jetzt für 10 Tage, als zu hoch angesehen werden müssen und kommt zu dem Schluss, daß dieser Zinssatz in der damaligen Zeit nicht als Wucher zu bezeichnen ist. Es handelt sich um die Tage vom 23. November bis 4. Dezember 1923. Daß später eine Entspannung eingetreten ist, ändert nichts an dieser Beurteilung des Abkommens, es hätte ja auch bei einem weiteren Anziehen des Kurses Geltung behalten. Tatsächlich hat die Firma von Stein-Kautiser das Darlehen nach Ablauf der zehn Tage von dem Erfurter Geldnehmer, der übrigens in Bezug auf Zahlungsfähigkeit nicht über jeden Zweifel erhaben war, nicht zurückgehalten. Die Stein-Bank hat dann für jeden weiteren Tag auf das Grunddarlehen von 10 000 Millionen Papiermark 4 Proz. Verzugszinsen berechnet. Dieser Satz muß zwar als etwas hoch angesehen werden, kann aber nach Ansicht der Industrie- und Handelskammer auch nicht als Wucher bezeichnet werden.

Auf eine Frage des Abg. Dr. Badt (Soz.) äußert sich Syndikus Dr. Meyer auch zu der Frage, wie die Handelskammer dazu kam, die Erteilung der Großhandelserlaubnis an die Amerika zu befürworten. Es lag ihr diesbezüglich eine Anfrage des Landespolizeiamtes Berlin vor, die sich auch mit dem rechtlichen Charakter dieser Frage, in Bezug darauf, ob eine solche Erlaubnis notwendig sei, weil das Stammhaus der Amerika sich in Holland befindet, befaßte. Die Industrie- und Handelskammer äußerte die Auffassung, daß eine Handelserlaubnis erforderlich sei. Die Industrie- und Handelskammer hat dann Nachfrage über die Amerika in Kreisen der deutschen Lebensmittelfirmen gehalten und auf Grund der eingegangenen Antworten erklärt, es dürfte sich bei der Handelserlaubnis für die Amerika, die augenscheinlich ein größeres Unternehmen darstelle, auch um volkswirtschaftliche Bedürfnisse handeln. Ueber die Superaktivität der Firma hat sich die Industrie- und Handelskammer nicht geäußert, weil es sich um ein ausländisches Unternehmen handelte und diesbezügliche Informationen daher der Polizei besser bekannt sein mußten als der Handelskammer.

Abg. Dr. Deereberg (Dnat.): Für die subjektive Seite der Sache war die Polizei zuständig; was das vielleicht der Herr Polizeipräsident?

Vorsitzender Dr. Leidig: In Berlin wird die Handelserlaubnis nicht vom Polizeipräsidenten, sondern von einer besonderen kollegialen Behörde ausgehelt.

Damit ist die Vernehmung des Zeugen Meyer beendet.

### Ministerialdirektor Köpfe

von Auswärtigen Amt soll sich äußern über die Beziehungen der Gebrüder Barmat zum Auswärtigen Amt, wobei es sich wesentlich um Bahangelegenheiten handelt. Im Januar 1921 erhielt der Zeuge als Vertreter des erkrankten Ministerialdirektors von Stockmann, der die Ostabteilung leitete, einen Brief vom Reichsminister a. D. Bauer, in dem um Erleichterung der Durchreise der aus der Ukraine geflüchteten, in Rumänien aufgefundenen Familie Barmat nach Holland gebeten wurde. In dem Briefen befand sich ein Vermerk: „Der Reichsminister des Innern ist damit einverstanden.“ Um die Durchreise dieser Personen kontrollieren zu können, habe ich, so befand der Zeuge weiter, um entsprechende Mitteilungen der Grenzbehörden gebeten. Weiter bin ich nicht mit dieser Sache befaßt worden.

Als dann im Januar des Jahres das Bureau des Reichspräsidenten sich mit uns in Verbindung setzte, um die in der Presse erhobenen Beschuldigungen dementieren zu können, habe ich Anweisung gegeben, sämtliche Barmat betreffenden Akten aus allen Abteilungen zu einem besonderen Band zusammenzuführen. In diese Akten hat lediglich die mit der Sache befaßte Stelle des Bureaus des Reichspräsidenten Einsicht gehabt. Jetzt befinden sich die Akten beim Reichstags-Untersuchungsausschuß. Ich habe in dem Ersuchen lediglich eine humanitäre Maßnahme erbeten.

Abg. Dr. Kaufhold (Dnat.) bittet um Verlesung eines Blattes, das sich auch auf ein Dauerverfahren für Julius Barmat im Jahre 1919 bezieht.

Der Zeuge weiß nur aus den Zeitungen davon; die Vorgänge müssen in den Akten sein.

Abg. Dr. Kaufhold (Dnat.): Es handelt sich um den Vermerk des Reichspräsidenten auf einem Telegramm aus Amsterdam an den Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Wels. Dieses Telegramm ist auf irgendeinem Wege in die Hände des Reichspräsidenten gekommen und dieser hat dann mit Bleifist die Randbemerkung gemacht: „Wünsche, daß der Gesandte im Haag noch einmal ersucht wird.“

Zeuge hat im Januar des Jahres im Bureau des Reichspräsidenten eine Feststellung des dort vorhandenen Materials vorgenommen. Mit den Vorgängen im Jahre 1919 selbst hat er nichts zu tun gehabt.

Abg. Dr. Deereberg (Dnat.): Mir ist eine Nachricht zugegangen von einem früheren Angehörigen der deutschen Kolonie Ruhlands, wonach ein großer Teil der Kolonie vor der deutschen Grenze zurückgegangenen ist, weil die Flüchtlinge nicht hinüberkommen konnten. Können Sie darüber irgendeine Auskunft geben?

Zeuge: Nein, das sind Sachen der Ostabteilung gewesen sein.

Vorsitzender: Bedeuten die Worte des Reichspräsidenten „Mit dem Unheimlichen der weiteren Veranlassung“ eine amtliche Beifügung?

Zeuge: Nach meiner Auffassung nicht. Aber dem Wunsch nach einer Nachprüfung würde ich an sich unbedenklich Rechnung getragen haben.

### Folgen der deutschnationalen Taktik.

Bir haben aus Anlaß der uferlosen Debatten, die durch die Aussagen des Kommissars Klinghammer hervorgerufen wurden, bereits der Meinung Ausdruck gegeben, daß, wenn dies so weitergehe, der preussische Untersuchungsanspruch sich um jeden Kredit bringen würde.

Am Mittwoch ist es nun so weitergegangen. Schuld daran tragen die Deutschnationalen, die, ebenso wie sie die Vernehmung Klinghammers und falls beantragt hätten, die Ladung Davidsohns gefordert hätten. Dieser der Verleumdung wiederholt und längst überführte Querulant war wie kein anderer geeignet, die Lintensischpolitik der Deereberg, Kaufhold und Genossen zu fördern. Er hat die sinnlosesten und ungeheuerlichsten Anwürfe gegen Führer der Sozialdemokratie, einschließlich Ebert, ausgestreut — mußte allerdings, als er in die Enge getrieben wurde, zugeben, daß er überhaupt nichts aus eigenem wisse, sondern nur von Baumeister. (Das gleiche jämmerliche Spiel hatte er bereits in der Skary-Affäre getrieben.) Es war nun selbstverständlich, daß unsere Genossen mit Nachdruck die Ladung Baumeisters forderten. Dagegen wandten sich die Vertreter des Zentrums und der Demokraten, sicherlich aus der berechtigten Sorge heraus, daß nun eine neue uferlose Debatte entstehen könnte. Das mag schon sein. Aber unsere Genossen konnten unmöglich die hidsinnigen, angeblich von Baumeister stammenden Verleumdungen Davidsohns auf Ebert, Robert Schmidt und anderen einfach sitzen lassen. Das hätte sich der Auspruch vorher überlegen müssen, als die

# Die Katastrophe auf Zeche „Minister Stein“.

## An der Unglücksstätte.

Aus Dortmund wird uns weiter telegraphisch mitgeteilt: „Beim Schichtwechsel hatten sich noch keine Anzeichen bemerkbar gemacht, daß der gefährlichste Feind des Bergmanns, die schlagenden Wetter, in Bildung begriffen seien. Benutzten hatten weder die ausfahrenden Bergleute noch die Steiger irgendwelche Meldungen erstattet, daß in den Wetterstationen und in den Kontrollapparaten sich irgendwie verdächtige Anzeichen bemerkbar gemacht haben. Bis zur Stunde ist es noch nicht geklärt, auf welchen Schicht die Explosion eingeleitet haben. Kurz nach 8,20 Uhr ertönte aus der Grube betaus das bekannte charakteristische Rollen, dem dann mehrere Explosionen folgten. Die auf der Grube anwesenden Steiger alarmierten alles, was über Lage an Arbeitern vorhanden war. Gleichzeitig wurden nach Dortmund und an Nachbar-schächte Meldungen weitergegeben, die um Hilfe baten. Die gesamten Ingenieure der Grube sowie die von der Tagelohn eingetetzten Bergarbeiter eilten sofort an die Arbeitsstätte zurück, wo ein großzügiger Hilfsdienst organisiert wurde. Trotz der in der Tiefe drohenden Gefahren fanden sich mehr als genug Freiwillige, die mit Schutzanzügen und Gasmasken unter Leitung der Steiger und Ingenieure eintraten, um zu retten, was noch zu retten war. Schon nach den ersten zwei Stunden wurde es leider klar, daß die Schlagwetterkatastrophe fürchterliche Folgen gehabt haben mußte. Ueberall waren durch die Explosionen die Stempel in den Stollen fortgerissen, die Gänge zum Teil ver-schüttelt und auf längere Strecken durch Gesteinseinbruch jedes Vordringens verhindert. In aufopfernder Weise drangen die Hilfsmannschaften über entlegene Gänge und Stollen vorwärts, um an die Arbeitsstätten zu gelangen, wo nach menschlicher Berechnung die Schlagwetterexplosionen Verheerungen unter den Bergarbeitern angerichtet haben mußten. Die Hoffnung, daß es den Belegschaften gelungen sein könnte, sich in Querstollen zu retten, war bei der Größe der Explosion von vornherein nicht allzu wahrscheinlich. Die Befürchtungen fanden bald ihre Bestätigung, als man in den Hauptstollen auf die ersten Leichen der so jäh vom Tode ereilten Arbeiter stieß. In fieberhafter Eile drangen die Retter normwärts, doch vermochten sie nur in einigen Fällen noch Hilfe zu bringen. Die Nachrichten, die im Laufe der Nacht zutage drangen, lauteten mehr als tröstlos. Bis zum Morgengrauen hatte man etwa 80 Leichen gefunden und an die Förder-schächte gebracht. Auf der Grube selbst, wo die Frauen der eingefahrenen Mannschaften mit ihren Kindern harrierten, spielten sich herzzerreißende Szenen ab, als nach den Stunden der Ungewißheit die ersten Opfer an die Oberfläche gebracht wurden. Auf Bahren schaffte man die Opfer der Katastrophe in die nahegelegenen Verwaltungsgebäude, wo sie zunächst aufgebahrt wurden. Morgens um 5 Uhr wurden die total erschöpften Rettungsmannschaften abgelöst. Die zweite Schicht leitete die Bemühungen, nach etwa abgeschlossenen noch lebenden Gruppen von Bergleuten zu forschen, mit allen Mitteln fort, doch lauteten die telephonisch weitergegebenen Meldungen wenig tröstlich. Nach den letzten Mitteilungen um 11 Uhr vormittags sind außer 80 bereits geborgenen Toten noch weitere 50 aufgefunden worden, die jetzt zutage gefördert werden sollen.“

### Die Ursachen noch nicht aufgeklärt.

An der Unglücksstätte wurden an mehreren Stellen Aufzeichnungen gefunden, daß einzelne Kolonnen noch mehrere Stunden nach der Explosion lebten. Als der Weg zu ihnen freigebracht war, konnten sie aber nur noch als Leichen geborgen werden. Doch von den in der Grube befindlichen 60 Mann noch ein Teil lebend gerettet werden kann, dafür besteht nach Ansicht der Verwaltung selber nicht die geringste Hoffnung, zumal ja bereits heute früh um 1/10 Uhr in der Grube selbst 90 Leichen gefunden waren. Die Leichen sind in der neuen Wache in langen Reihen aufgebahrt und bieten ein erschütterndes Bild. Ueber die Ursache der Explosion ist immer noch kein positiver Aufschluß möglich. Derwaller und Vertreter der Bergbehörde, die sofort alle Maßnahmen eingeleitet hatte, erklärten übereinstimmend, daß genaue Feststellungen erst gemacht werden können, wenn die Sohle 1 von den Gasen freigemacht worden sei. Bezeichnend für die Gewalt der Explosion ist die Tatsache, daß von ihr die erste, die zweite und die dritte Sohle betroffen wurden. Die erste Sohle befindet sich 175 Meter unter der Erde; sie ist die ausziehende Wetter-sohle, durch die die Ventilation geregelt wird. Bearbeitet wird hauptsächlich auf der zweiten und dritten Sohle.

Es schwirren die wildesten Gerüchte über die Ursache des Unglücks umher. Unter anderem wird von einer Entzündung der Gase durch die Funken einer Maschine gesprochen. Das scheint jedoch nach Ansicht möglicher Sachleute kaum möglich. Oberberghauptmann Overthun, der mit der Grubenrettungszentrale ebenfalls hier eingetroffen ist, ist nach seiner ersten Einfahrt von heute nacht mit Bergrot Junke, dem Generaldirektor der Zeche, heute vormittag um 11 Uhr noch einmal in die Grube eingefahren. Die endgültige Feststellung wird sich wohl

Deutschnationalen aus durchsichtigen Gründen die Vernehmung Davidsohns beantragten. Der Ausschuß hat nun einmal der deutschnational-kommunistischen Hege nachgegeben und, wenn er jetzt seit Tagen alles mögliche Zeug „untersucht“, das mit den Krediten der Seehandlung in gar keinem Zusammenhang steht — und dazu gehören u. E. auch die Bahangelegenheiten, die heute morgen wieder breitgetreten wurden —, so ist das seine eigene Schuld. Das deutsche Volk wird schließlich durchschauen, welch infames Spiel die Deutschnationalen in der Presse und in den Ausschüssen unter dem Vorwande der „Aufklärung“ und der „Reinigung“ seit Wochen mit ihm treiben.

Um die Heuchelei zu krönen, hat der Deutschnational Dr. Deereberg gestern behauptet, seine Anträge lägen doch nur „im Interesse des Reichspräsidenten“. Der Zentrumsabgeordnete Dr. Schwering hat diese Äußerung halbblau aber treffend als „schamlos“ bezeichnet. Bald wird dieses Werturteil Gemeingut aller anständigen Deutschen hinsichtlich der ganzen politischen Ausnutzung der Barmat-Affäre sein. Und letzten Endes wird der Zweck der ganzen Uebung, die Aufmerksamkeitsamkeit des ganzen Volkes von dem ungeheuerlichsten Korruptionsstandal der Weltgeschichte abzulenken, kläglich scheitern: wir werden uns durch keinen Terror davon abhalten lassen, in das 700-Millionen-Panama der deutschnationalen Ruhrindustriellen gründlich hineinzuleuchten!

In dem Bericht der heutigen Morgennummer über den Staatsbankuntersuchungsausschuß hat sich bei der Vernehmung des Zeugen Davidsohn ein sinnfälliger Fehler eingeschlichen. Nicht Genosse Kuttner hat Baumeister brieflich aufgefordert, seine Beschuldigungen gegen Skary zu formulieren, wozuf Baumeister getrieben hat, vielmehr los Genosse Kuttner in Ausschuß einen Brief Davidsohn vor, in dem Davidsohn sich mit äußerster Enttäuschung über Baumeisters „jämmerliches Verhalten“ beschwert, weil Baumeister fortwährend laufe, wenn er von der Partei aufgefordert werde, sein Material vorzulegen. Davidsohn teilt dann in dem Briefe mit, daß er Baumeister wegen seines feigen Verhaltens „geschnitten“ habe. — Genosse Kuttner vertas diesen Brief, weil Davidsohn bei seiner ersten Vernehmung sich mit der höchsten Anerkennung über Baumeister als Musterzeugen ausgesprochen hatte.

nach über Tage hinziehen. Nach den Vorschriften werden eine Sachkommission und dann auch ein parlamentarischer Ausschuß noch eingehende Prüfungen anstellen haben. Die Rettungsarbeiten sind vom ersten Augenblick an mit voller Energie durchgeführt worden. Um 1/9 Uhr abends rüdten bereits die ersten Rettungsmannschaften an. Ihr Vordringen gestaltete sich aber nicht nur dadurch außerordentlich schwierig, daß die Strecken infolge der Explosion starke Brüche erlitten hatten und durch das Gestein verperrt waren, sondern auch dadurch, daß die Zerstörung der Ventilation jedes Vordringens sehr gefährlich machte. Die Rettungsmannschaften mußten infolgedessen mit aller Eile arbeiten, indem sie sich einer Vorhut und einer Nachhut bedienten. Von der Verwundung wird betont, daß die Zeche alle modernen technischen Vorrichtungseinrichtungen besaß, die geeignet sind, Unfälle zu vermeiden. Von den 12 Steigerstationen und zwei in Mittelstrecke gezogen. Der Schacht III, in dessen Nähe sich das Unglück ereignete, hat lediglich die Bedeutung der Seilfabrik und der Wetterführung. Wenn das Unglück nicht in der Nähe des Luftschachtes, sondern im eigentlichen Zubauefeld passiert wäre, so könnte man sich von den ohnehin schon jetzt ungeheuerlichen Ausmaßen des Unglücks gar keine Vorstellung machen. Die Belegschaft der Zeche „Minister Stein“ betrug 3000 Mann.

### Aus der Chronik der Grubenkatastrophen.

Das Bergwerksunglück auf der Zeche „Minister Stein“, diese furchtbare Katastrophe, ist wieder auf schlagende Wetter zurückzuführen. Unter schlagenden Wetter oder feurigen Schwaden versteht man Grubengas oder Kohlenstaub, der, wenn er in Berührung mit offener Flamme kommt, explodiert. Man schlägt sich vor ihm durch geeignete Grubenlampen, z. B. die flammenlose Schlagwetterlampe, sowie durch Apparate, welche die Anwesenheit von Grubengas anzeigen, nach Art der von Prof. Haber erfundenen Schlagwetterpfeife, welche auf der Veränderlichkeit der von verdichteten Gasen, Luft- und Grubengas, in gleich bestimmten Wellen erzeugten Töne beruht. Von den Explosionen in deutschen Gruben, die als Massenunglücke zu bezeichnen sind und eine große Anzahl von Toten zur Folge hatten, sind nachstehende besonders zu erwähnen:

Im Jahre 1869 wurden auf der Zeche Neu-Hierlohn 81 und im demselben Jahr auf der Zeche Burgler Schächte 269 Bergleute getötet. Das Jahr 1876 forderte auf Neu-Hierlohn 33 Tote. Im Jahre 1879 kamen auf der Zeche Brückenberg-Schächte 89 Bergleute ums Leben. 1881 auf der Zeche Luise Tiefbau 17, 1885 auf der Zeche Camphausen 181 Bergleute, im Jahre 1893 auf der Zeche Kaiserstuhl 63 und auf der Zeche General Blumenthal 20, 1895 fanden auf der Zeche Prinz von Preußen 37 Bergleute den Tod, 1898 gab es auf der Leopoldgrube 30 Tote, im Jahre 1897 fielen auf Kaiserstuhl II 20 Bergleute schlagenden Wetter zum Opfer. Die Explosionen im Jahre 1898 auf den Zechen Zollern und Karolinenfeld forderten 165 Opfer, im Jahre 1909 kamen auf den Zechen König Ludwig und Konsolidation 28 Bergleute ums Leben und im Jahre 1907 fielen auf der Zeche Keeden 148 Bergleute schlagenden Wetter zum Opfer. Das Unglück auf der Zeche Radbod am 18. November 1908 ist nach der Reform in der Massenvernichtung von Bergleuten. In der Unglücksnacht waren 380 Arbeiter und 6 Beamte angefahren. Das Unglück raste 343 Bergleute hinweg. Das Unglück auf der Zeche Radbod wird aber noch übertriften durch die entsetzliche Katastrophe in dem Bergwerk von Couriers in Frankreich. Hier fielen 1100 Bergleute der Katastrophe zum Opfer. Französische Bergwerksbetriebe wurden dann noch einmal von einer großen Schlagwetterkatastrophe heimgesucht. Auf der Zeche Mont Cenis wurden fast 200 Tote geborgen.

Im Preussischen Handelsministerium hat man heute früh die ersten Nachrichten von dem entsetzlichen Unglück erhalten. Mehrere Herren vom Oberbergamt sind sofort nach Bochum gefahren, und der Dezerent des Grubenbergsamtes, Ministerialrat Hahfeld, begibt sich noch heute an die Unglücksstätte. Wie uns Geheimrat Flemming mitteilt, steht man in der Bergwerksdirektion der Ursache des Unglücks zurzeit noch vollständig ratlos gegenüber. Die Zeche „Minister Stein“ war, wie Geheimrat Flemming erwähnt, eine der nach allen Richtungen auf das Beste eingerichteten Gruben. Man hat hier besonders gute, h. besonders weite Wetterwege, man hat elektrische Grubenlampen, keine Benzinquellen und in der Gesteinsausbelegung war man gerade hier auf der Zeche „Minister Stein“ am weitesten fortgeschritten. Die Zeche konnte man als musterhaft mit ihren Einrichtungen bezeichnen, und man neigt im Bergamt der Ansicht zu, daß es sich bei der Katastrophe um besondere Gasausbrüche handelte. Die Untersuchung wird ja Räuber ergeben, aber das eine kann wohl heute schon gesagt werden, daß es sich hier um Naturgewalten handelt, die eben allen menschlichen Sicherungen und Vorsichtsmaßnahmenohn Jahn weichen.

### In der 1. Klasse.

#### Sie wollten einen Eggeß herbeiführen.

Ein Zusammenstoß, den Reichstagsabgeordneter Genosse Dr. Kurt Rosenfeld am 5. April 1924 in einem Abteil 1. Klasse des D-Zuges nach Stuttgart auf dem Halter Bahnhof mit zwei Fahrgästen hatte, bei dem er schwer beleidigt wurde, fand heute vor dem Schöffengericht Schöneberg seinen Abschluß.

Der Fall hatte das Gericht schon mehrfach beschäftigt. Die von der Staatsanwaltschaft gegen den Rittergutsbesitzer Frey und den Kaufmann Gröniger erhobene öffentliche Anklage wegen Beleidigung des Abgeordneten konnte bisher nicht durchgeführt werden, da der Angeklagte Frey stets ausgeblieben war. Zuletzt hatte das Gericht gegen ihn Haftbefehl erlassen. Frey ist inzwischen aber auf Grund eines Steckbriefes von der Staatsanwaltschaft Eisenach wegen Betruges verhaftet worden und wurde heute als Untersuchungsgefangener vorgeführt. Bei der Feststellung der Personalien ergab sich, daß Frey bereits wegen Rädigung und unerlaubten Großhandels mit Gefängnis, Gröniger wegen Preistreibererei mit Geldstrafe verurteilt sind. Der Vorfall, der seinerzeit erhebliches Aufsehen in politischen Kreisen erregt hatte, hat sich nach der Schilderung des Reichstagsabgeordneten Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld, der sich als Nebenkläger dem Verfahren angeschlossen hat, wie folgt abgespielt:

Der Nebenkläger hatte eine Minute vor Abgang des Zuges vom Gang aus seine Klappe auf einen Platz eines Abteils 1. Klasse gelegt, in dem sich schon zwei Herren befanden. In denselben Augenblick hörte er abfällige Bemerkungen über seine Kleidung und dann die Worte des einen der Herren, des Angeklagten Frey: „Sind die Reichstagsabgeordneten auch immun gegen Backpfeifen?“ — Als der Nebenkläger bei Abfahrt des Zuges dann Platz nahm, wurde er weiter angepöbel. Es fielen wieder Worte über seine ungehügelte Hofe und dann sagte Frey: „Dachwohnung, aber 1. Klasse.“ Weiter sagte er: „Als mein Freund Haffnerich bei mir zur Jagd war, äußerte er: Die Schweine werden wir schon alle erledigen. Schacht ist auch so ein Jude. Diese Schweinehunde müßte man nicht erschließen oder aufhängen, sondern gleich viertellen. Man muß den Kerl zum Fenster hinauswerfen.“ — Als der Schaffner hereinkam und der Nebenkläger die Personalien feststellen lassen wollte, weigerten sie sich und ergingen sich beide in unsfälligen Beschimpfungen. Dr. Kurt Rosenfeld verließ das Abteil und begab sich ins Nebenabteil, wo er den dort befindlichen Reichsverkehrminister Deser und dessen Frau und den Landtagsabgeordneten Wenzel Mitteilungen von dem Vorfall machte. Der Angeklagte Frey entschuldigte sein Verhalten mit Trunkenheit. Auch Gröniger entschuldigte sich damit.

Das Gericht verurteilte Frey zu zwei Monaten Gefängnis, Gröniger zu 1000 Mark Geldstrafe. In der Urteilsbegründung führte Landgerichtsrat Schenk aus, das Gericht habe den Eindruck gewonnen, daß die Angeklagten einen Eggeß herbeiführen wollten, der auf parteipolitische und antisemitische Gefinnung zurückzuführen und der aus einer gewissen kapitalistischen Ueberhebung entsprungen ist. Dem Beleidigten wurde die Befugnis zugesprochen, das Urteil in zwei Tageszeitungen veröffentlichen zu lassen.

### Ein Kindesmord in Neukölln.

Einen Mord an einem neugeborenen Kinde, der schon längere Zeit zurücklag, wurde gestern in Neukölln erwidert. Vom 26. Dezember v. J. bis zu Anfang dieses Jahres wohnte in der Rosenstraße 8/9 zu Neukölln eine Frau, die sich Witwe Elisabeth Bölle, geb. Köstlin, nannte. Sie verschwand dann plötzlich, nachdem sie Betrübungen verübt hatte. Gestern nun wurde in der Küche des Feuerungslochs des Bratens, der bisher nicht benutzt worden war, nachgesehen. Jetzt fand man darin hinter Lumpen versteckt die Leiche eines neugeborenen Kindes männlichen Geschlechts. Nach dem Ergebnis der Ermittlungen kann die Mutter nur die angegebene Witwe Bölle sein, die einen falschen Namen angenommen hat und in Wirklichkeit Meta Rosch, nicht heißen soll. Es ist festgestellt, daß sie schwanger war, als sie die kurze Zeit in dem Hause wohnte. Sie ist ferner unter falschem Namen wieder als Betrügerin aufgetreten und hat einen etwa 5 Jahre alten Jungen bei sich, der auf den Vornamen Rudi hört. Die Kindesmörderin, die verheiratet gewesen sein soll, ist ungefähr 30 Jahre alt und etwa 1,65 Meter groß. Im vergangenen Sommer wurde sie mit dem Anaben in der Gegend des Weddinges gesehen. Man wollte sie dort festnehmen. Sie bemerkte das jedoch und es gelang ihr, zu entweichen. Mitteilungen zu ihrer Festnahme an Kriminalkommissar Goch, 2. Kriminalbezirk in Neukölln.

### Ueberfall auf einen Autoführer.

In der vergangenen Nacht wurde der Autoführer August Schneider von seinen Fahrgästen überfallen und beraubt. In der vergangenen Nacht um 8 Uhr war Schneider im Begriff, nach Pantow zu fahren, um den Wagen auszumecheln. In der Bothingranger Straße sprachen ihn drei Herren an und fragten ihn, ob er den Weg nach Buchholz wisse. Als er bejahte, stiegen sie ein und ließen ihn durch die Kastanienallee und die Prenzlauer Promenade fahren. Kurz vor Pantow erklärte einer, nachdem er an die Scheibe geklopft hatte, daß die Fahrt zu Ende sei. Alle drei verließen den Wagen. Auch Schneider stieg ab, um nach der Uhr zu sehen und den Fahrpreis zu berechnen. Jetzt rissen ihn plötzlich zwei der Fahrgäste zu Boden. Der dritte hielt ihm eine Pistole vor den Kopf mit der Drohung, wenn er abdrücke, so sei er „alle“. Die Räuber zogen dann dem Chauffeur den Pelz aus, hielten seine Brieftasche mit 60 M. heraus und verschwanden damit in der Richtung nach Berlin. Schneider benachrichtigte das 282. Revier und fuhr mit dessen Kriminalbeamten nach dem Tatort zurück. Die Nachforschungen blieben jedoch erfolglos. Von den Räubern, Räubern von 20 bis 40 Jahren, war keine Spur mehr zu finden. Mitteilungen zur Aufklärung an das Raubdezernat im Polizeipräsidium.

Noch einmal die „Hirsch-Polizei.“ Vor kurzem haben wir an dieser Stelle von der nach den verschiedensten Richtungen so merkwürdigen „Hirsch-Polizei“ Mitteilung gemacht, wie der Wacht- und Sicherheitsdienst Groß-Berlin genannt wird. Wir können heute zu diesem Thema noch mehrere interessante Einzelheiten mitteilen. Der Leiter des Wacht- und Sicherheitsdienstes Groß-Berlin, Herr von Hirsch-Schwabe, ist, wie uns glaubwürdig versichert wird, nicht Major. Er war früher Leutnant d. R. beim Train, wurde während des Krieges Hauptmann d. R. und ist dann als sogenannter charakterisierter Major entlassen worden. Herr von Hirsch-Schwabe hat wiederholt — darüber liegen Akten und Protokolle vor — lässliche Angriffe auf seinen Schwiegervater, auf einen Kellner und andere Personen unternommen. In der Gerichtsverhandlung wurde ihm der § 51 zugebilligt. Der andere Inhaber der Firma ist der frühere Kriminalkommissar Gehrcke. Herr Gehrcke ist ebenfalls sehr geeignet für diesen Posten, was sich aus der Tatsache ergibt, daß gegen ihn ein Verfahren wegen Spritzschiebung schwelgt. Im Anschluß daran wollen wir nicht verfehlen darauf hinzuweisen, daß Herr Grawenstein, von dem wir in unserem Artikel, die „Hirsch-Polizei“, gesprochen haben, aus dem Wacht- und Sicherheitsdienst ausgeschieden ist. Er hat Herrn v. Hirsch-Schwabe einen Brief geschrieben, in dem er ihm mitteilt, daß ihm so ehrenrührige Dinge über Herrn v. Hirsch-Schwabe zu Ohren gekommen seien, daß er sich infolgedessen genötigt sehe, seine Stellung beim Wacht- und Sicherheitsdienst niederzulegen. Herr Grawenstein bittet uns ferner, darauf aufmerkzaam zu machen, daß er niemals der Ehrhardt-Brigade angehört hat. Er habe auch nicht die Versicherung getan: „Juden bewachen wir nicht!“

Die Uwidwandelungsstelle des Reichskommisariats für Volksgesundheit und Flüchtlings hat ihre Geschäftsstelle von Potsdamer Straße 134 nach Berlin NW. 40, Königsplatz 6, verlegt.

## Gewerkschaftsbewegung

### Die Bolschewisten gegen die Einheit.

Das Berliner Bolschewistenblatt weiß zwar immer noch nichts zu sagen zu dem Beschluß des Internationalen Gewerkschaftsbundes, es veröffentlichen aber heute ein Anpreisungs-Telegramm aus Rostau, das die Auslassungen des „Trud“ und der „Pravda“ wiedergibt. Wir erinnern nochmals daran, daß der Beschluß der Gewerkschafts-internationale die Bereitwilligkeit ausdrückt, mit den russischen Gewerkschaftsvertretern eine Vorkonferenz abzuhalten, sobald die russische Gewerkschaftszentrale erklärt, daß sie den Wunsch hat, dem Internationalen Gewerkschaftsbund beizutreten. Dazu bemerkt die „Trud“:

Die Amsterdamer Exekutive hinderte durch die Annahme der Resolution Stenhuis den Kampf um die Einheit. Dadurch ist aber der Kampf nicht beendet. Die Arbeiterklasse braucht die Einheit so sehr, daß sie sich der Amsterdamer Resolution nicht widerstandslos unterwerfen kann. Früher oder später wird die Einheit verwirklicht. . . .

Die „Pravda“ schreibt zu dem Beschluß von Amsterdam unter anderem:

Hierauf stimmte der rechte Flügel für die sogenannte Kompromißresolution Stenhuis, die nichts mehr und nichts weniger fordert, als die Anerkennung der Satzungen der Amsterdamer Internationale seitens der russischen Gewerkschaften. . . .

Die „Pravda“ schreibt dann weiter, daß der Kampf noch nicht beendet sei und daß der rechte Flügel nicht gewagt habe, die Engländer an ihrer selbständigen Arbeit zur Schaffung der Einheit zu hindern. Die Amsterdamer Resolution sage nichts über das Anglo-russische Aktionskomitee.

Zu letzterem Punkte wäre zunächst zu bemerken, daß der Sekretär des IGB, Genosse Dudgeon, in den Profenachrichten des IGB bereits festgestellt hat, daß dieses sogenannte Komitee bisher noch keinerlei Lebenszeichen von sich gab. Es sind nicht einmal die Namen der Mitglieder des Komitees bekanntgegeben worden, so daß man berechtigter Zweifel an seiner Existenz haben kann, um so mehr, als zwischen der Auffassung der Engländer und der der Russen eine tiefe Meinungsdivergenz liegt.

Aber davon abgesehen, wird durch die Äußerungen der beiden Rostauer Blätter klar festgestellt, daß die Gegner der Einheit der Gewerkschaften ausschließlich in Rostau sitzen. Der Ausschuss des IGB, ist den russischen Gewerkschaften sehr weit entgegengekommen. Wenn eine Gewerkschaftsorganisation eines anderen Landes der Gewerkschaftsinternationale beizutreten beabsichtigt, dann stellt sie einen diesbezüglichen Antrag, über den in der nächsten Vorstandssitzung abgestimmt wird. Diesen Weg zu beschreiten, hat sich der Zentralrat der altrussischen Gewerkschaften bisher stets geweigert. Einen Antrag um Aufnahme in den Internationalen Gewerkschaftsbund hat er nie gestellt. Nun hat der Ausschuss des IGB, den Beschluß gefaßt, vor Stellung eines formellen Antrages um Aufnahme und vor einer Abstimmung über dieses Aufnahmegesuch mit den Vertretern der russischen Gewerkschaften in einer Vorkonferenz zu verhandeln, unter der Voraussetzung, daß die russischen Gewerkschaften den Wunsch aussprechen, in den IGB aufgenommen zu werden.

Und was erklären die bolschewistischen offiziellen Organe dazu? Man wird vergebens nach einer Äußerung suchen, die darauf schließen läßt, daß die Bolschewisten zu einer solchen Vorkonferenz Vertreter entsenden würden. „Trud“ erklärt ausdrücklich, daß die Resolution Stenhuis den Kampf um die Einheit hindere. Damit hat das offizielle Organ Lewowskis den Nagel auf den Kopf getroffen. Wir wollen die Herabsetzung der Einheit und keinen Kampf der Arbeiter untereinander. Die russischen Gewerkschaften sollen genau so behandelt werden wie die Gewerkschaften eines anderen Landes. Es wird für die amerikanischen Gewerkschaften, falls sie der Gewerkschaftsinternationale beitreten wollen, ebensowenig ein Ausnahmerecht geschaffen werden wie für die russischen Gewerkschaften. Die Bolschewisten verlangen aber nur deshalb allerlei Sonderrechte, weil sie von der Einheit der Gewerkschaften nichts wissen wollen. Wenn sich die russischen Gewerkschaften bereit haben werden von der bolschewistischen Diktatur, dann erst werden sie die Freiheit haben, einen Antrag um Aufnahme in den IGB zu stellen.

### Schiedsspruch im Holzgewerbe.

Vom Deutschen Holzarbeiterverband wird uns mitgeteilt: Im Verlauf der Lohnverhandlungen zwischen unserer Organisation und der freien Vereinigung der Berliner Holzindustriellen ist vom Schlichtungsausschuß ein Schiedsspruch gefällt worden, der

einen Tarif von 88 Pf. für erwachsene Facharbeiter vorsieht. Außerdem sollen sich nach diesem Schiedsspruch alle bestehenden Löhne und Tarife um 8 Proz. erhöhen. Die Laufzeit dieses Lohnabkommens soll im Falle der Annahme bis zum 30. April d. J. sein. Die erweiterte Dreierverwaltung wird zu diesem Schiedsspruch am Freitag Stellung nehmen. Die Funktionäre aller Betriebe, die dem Reichsmantelvertrag unterliegen, werden Stellung nehmen am Montag. Die Dreierverwaltung.

### Die Feme des VBMJ.

Die Firma Dinse entließ 15 Arbeiter, welche eine Lohn-erhöhung gefordert hatten. Die üblich, machte die Firma dem Verband Berliner Metallindustrieller von dieser Tatsache Mitteilung, ohne die Namen der Entlassenen anzugeben. Der VBMJ, gab die Mitteilung an seine Mitglieder weiter. Das hat nach den herrschenden Gepflogenheiten die Wirkung, daß Arbeiter, die von Dinse kommen, bei keiner Verbandsfirma eingestellt werden, solange Dinse nicht die Beendigung des Konflikts gewillt hat. Einen Tag nach der Entlassung der 15 hörten bei Dinse zwei andere Arbeiter auf, die mit dem Lohnkonflikt in keiner Verbindung standen. Von der Firma Sanitas, wo sie Arbeit hätten bekommen können, wurden sie zurückgewiesen, weil sie von Dinse kamen. Ebenso ging es den beiden Arbeitern bei anderen Verbandsfirmen. Sie konnten infolgedessen seit dem 15. Januar keine Arbeit bekommen.

Beim Gewerbegericht klagten die ohne Grund entlassenen Arbeiter auf Schadenersatz wegen der Firma Dinse, weil diese durch ihre Mitteilung an den VBMJ, den Klägern die Möglichkeit, Arbeit zu bekommen, abgeschnitten habe. Die Klage wurde abgewiesen mit der Begründung: Eine spezielle Auskunft über die Kläger hat die Beklagte nicht erteilt. Die Mitteilung an den VBMJ, daß 15 Arbeiter wegen Lohnforderungen ihre Entlassung genommen haben, entsprach der Wahrheit. Nach § 824 BGB. ist aber nur der zum Schadenersatz verpflichtet, welcher der Wahrheit gegenüber eine Tatsache behauptet oder verbreitet, die geeignet ist, Nachteile für den Erwerb oder das Fortkommen eines anderen herbeizuführen. Die Kläger hatten das Unglück, daß der Einstellungsbeamte der Firma Sanitas glaubte, sie gehörten zu den wegen Differenzen Entlassenen. Dafür kann die Beklagte nicht verantwortlich gemacht werden.

Mit diesem Urteil gibt das Berliner Gewerbegericht allen Schmarinobern einen Freibrief auf schwarze Listen, darüber hinaus sogar auch solche Arbeiter in Acht und Bann zu tun, die nicht etwa Forderungen gestellt haben.

### In eigener Sache.

Unterschieden: Zentralverband der Zimmerer, Zahlstelle Berlin, bringt die „Rote Fahne“ die in unserem gestrigen Abendblatt veröffentlichte Mitteilung, daß die Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruchs vom 26. Januar sich auf Rheinland-Westfalen bezieht. Außer dieser Mitteilung enthält jedoch die Rote Fahne, die nachfolgenden Satz: „Der Vorwärts“ will wahrscheinlich durch seine Mitteilungen den Berliner Arbeitgeber Fingerzeige geben, wie sie vorgehen sollen in den in 14 Tagen sich in Berlin abspielenden Lohnverhandlungen.“

Obwohl die Unterseite der Zahlstelle Berlin unter dieser schutigen Unterstellung sich befindet, fragen wir hiermit die Berliner Zahlstellenleitung des Zimmererverbandes öffentlich, ob sie sich zu diesem Satz bekennt. Wir stellen diese Frage erstens, weil das „Deutsch“ des zitierten Satzes den charakteristischen Stempel der Eigenproduktion der „Roten Fahne“ trägt, und zweitens, weil wir nicht annehmen können, daß eine Gewerkschaft, die die Unterstützung des „Vorwärts“ in Anspruch nimmt, eine derartige bewusste Verleumdung gegen uns ausstreuen wird. Unsere weiteren Beziehungen zur Berliner Zahlstellenleitung des Zimmererverbandes werden von der Beantwortung unserer Frage abhängen.

### Löhne in der bayerischen Papierindustrie.

München, 11. Februar. (Eigener Drahtbericht.) In der bayerischen Papierindustrie wurden durch Schiedsspruch des Tarifamtes die Arbeitslöhne neu geregelt und der Spitzenlohn des Betriebsarbeiters in der höchsten Dristklasse um 2 Pf. auf 53 Pf. und der Arbeiterin um 1 Pf. auf 37 Pf. die Stunde erhöht. Diese Löhne gelten ab 2. Februar bis einschließlich 29. März. Ab 30. März bis 31. Mai erfolgt eine weitere Erhöhung, und zwar bei dem Betriebsarbeiter auf 56 Pf. und bei der Arbeiterin auf 39 Pf.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Arthur Salomon; Gewerkschaftsbewegung: Feiler, Ahlstedt; Kunst: A. S. Pöhlke; Solche und Sonstiges: Feil, Rathke; Anzeigen: Ed. Glöck; Familie in Berlin: Verlag: Buchverlag O. m. b. H., Berlin. Druck: Formata-Buchverlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 2.

## Eine glückliche Familie



Nach dem Einkauf im

Schuh-Lokal Behrndt

Münzstraße 25 / Kottbuser Damm 13 / Frankfurter Allee 54

Wir bringen der Groß-Berliner Bevölkerung Damen-, Herren- und Kinder-Schuhe, welche wir unter besonderen Umständen billig eingekauft haben, zu ganz enorm billigen Preisen. Wir führen über 400 verschiedene Sorten in den elegantesten Luxusarten wie in den soliden Gebrauchs- und Straßenschuhen, so z. B.:

Herrenstiefel, kräftig, Spallsleder 5.90, 4.90 / Herrenstiefel echt Boxrind 7.90, 6.90 / Orig. Goodyear Welt-Halbschuhe und Stiefel 11.00 / Damen-Halbschuhe z. 5.90 bis 6.90 od. mit mod. Spange echt Boxrind u. R'Cheveau, alle Größen, 6.90, 5.90 / Damen-Schnürschuhe, gutes Cromleder, Größe 35-37 3.90 / Orig. Goodyear Welt-Halbschuhe u. -Stiefel, teils braun 9.90 / Moderne Luxus-Spangen-Schnürschuhe in Lack und Leder 11.90, 9.90 / Ein Posten feine Luxus- und Straßenschuhe in Nubuk braun und schwarz Boxkalf, Boxrind u. Cheveau-Schnür-Spange u. Pumps, Größe 35-37, teils größere Nummern, Serie I 7.90, Serie II 4.90 / Warme Damen-Hauschuhe 95 Pf. / Kinderstiefel, Kamelhaarschuhe, Strümpfe etc. etc. ganz besonders billig. Sehen Sie sich unsere 17 Schaufenster an.

## Berliner Elektriker-Genossenschaft

angeschl. dem Verb. sozialer Baubetriebe Berlin N 24, Elsässer Str. 86-88 — Fernsprecher: Norden 1198 — Filiale Westen, Wilmersdorf Landhausstr. 4 — Tel. Plötzburg 9831 Herstellung elektr. Licht-, Kraft- und Signalanlagen · Verkauf aller elektrischer Bedarfsartikel · Ausführung sämtl. Reparaturen · Preiswerte, gediegene Arbeit

## Das Buch für Mütter und Väter: Kinderland 1925

Preis 1,25 Mark! Zu haben in der Buchhandlung J. G. W. Dieck und in der Hermannsbuchdruckerei, Lindenstraße 2, teurer in allen Parteilagerbuchhandlungen, Buch- und Kaffeehäusern, sowie in allen Buchhandlungen, die den Buchhandel betreiben.

## HOLZHAUSER

von 500 Hk. an, Schuppen, Hallen, Gerägen etc. liefert preiswert kurzfristige Holzhauser Uffmann & Co., Lohndamm 51-53 Berlin G 101/71

## Abreißkalender 1925

Zur in Lichtdruck hergestellte Kalender sollen in keiner Familie und in keinem Büro fehlen! Preis 2 M. 20! Zu haben in der Buchhandlung J. G. W. Dieck und in der Hermannsbuchdruckerei, Lindenstraße 2, teurer in allen Parteilagerbuchhandlungen, Buch- und Kaffeehäusern, sowie in allen Buchhandlungen, die den Buchhandel betreiben.